

Vorwort der Herausgeber

Im vergangenen Jahr schrieben wir an dieser Stelle, dass der russische Angriffskrieg auf die Ukraine die Europäische Union in ein neues Zeitalter gezwungen hat – und dass die EU so geeint dastehen würde, wie lange nicht. Mittlerweile neigt sich das zweite Kriegsjahr dem Ende und das neue Zeitalter scheint vor allem unsicher, kompliziert und voller Gefahren: Die Union ringt um einheitliche außenpolitische Positionen, die Inflation zermürbt die Mitgliedstaaten und wieder stark steigende Migrationszahlen erzeugen großen Handlungsdruck. Wie diese Herausforderungen die europäische Politik im vergangenen Jahr geprägt haben, zeigt die vorliegende 43. Ausgabe des Jahrbuchs der Europäischen Integration.

Das alles bestimmende Thema des vergangenen Jahres war der Krieg in der Ukraine. Er beeinflusste die EU-Institutionen, die Mitgliedstaaten, zahlreiche Politikfelder sowie die Beziehungen der EU zum Rest der Welt. Carsten Gerards und Wolfgang Wessels zeigen, dass die *institutionelle Architektur der EU* in diesem Stresstest überraschende Fähigkeiten zum Krisenmanagement sowie evolutionäre Stabilität besaß. Im *Rat der EU* traten die Mitgliedstaaten – mit wenigen Ausnahmen – unter dem Eindruck des Krieges sehr einheitlich auf und konnten auch unter der Einstimmigkeitsregel größtenteils schnell kontroverse Entscheidungen treffen, wie Nicolai von Ondarza und Dominik Rehbaum veranschaulichen.

Sabine Fischer schreibt, dass es in den Beziehungen zwischen der *Europäischen Union und Russland* zum endgültigen Bruch kam und Mathias Jopp legt dar, mit welcher Kreativität die EU alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zur Unterstützung der Ukraine und zum Abstrafen Russlands nutzte. Der Kurs blieb dabei klar: Russland müsse seine Truppen von ukrainischem Territorium zurückziehen und die territoriale Integrität der Ukraine in ihren international anerkannten Grenzen respektieren.

Der Krieg veränderte nationale Gewissheiten und verschob die Prioritäten. Selbst der Schutz der Rechtsstaatlichkeit musste sich den neuen geopolitischen Realitäten unterordnen. Das wurde vor allem im Falle Polens deutlich, das einer der wichtigsten Unterstützer der Ukraine ist und kritischen Stimmen zufolge daher milder in Sachen Rechtsstaatlichkeit behandelt wurde. Über die europapolitischen Entwicklungen des letzten Jahres in *Polen* berichtet Agnieszka Cianciara, während Gabriel N. Toggenburg den Stand der *Rechtsstaatlichkeit* über alle Mitgliedstaaten hinweg beleuchtet.

Seit Kriegsbeginn ringen die Mitgliedstaaten mit der kriegsbedingt hohen Inflation, die vor allem durch steigende Energiepreise entfacht wurde. Martin Selmayr beschreibt die „Kampfansage an die Inflation“, mit der die *Europäische Zentralbank* den steigenden Preisen begegnete. Roland Döhrn und Wim Kösters zeigen, wie die *Wirtschaftspolitik* in der EU in einem Spannungsfeld zwischen Inflation und nachlassender Konjunktur stand: Die steigenden Zinsen wirkten sich auf die wirtschaftliche Aktivität aus und die hohen Schulden aus Pandemie-Zeiten hemmten die Handlungsfähigkeit der Finanzpolitik vieler Staaten.

Auch auf die *Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik* hatte der Krieg große Auswirkungen, wie unsere neuen Autorinnen Sophie Meiners und Svenja Niederfranke analysieren. Die Mitgliedstaaten nahmen seit Kriegsbeginn etwa vier Millionen ukrainische Geflüchtete auf. Zusätzlich war die EU mit den höchsten Asylantragszahlen seit 2016 konfrontiert und 2022 starben 2.406 Menschen im Mittelmeer bei dem Versuch, in die EU zu gelangen.

Als sei das alles nicht genug, verhaftete die belgische Polizei am 9. Dezember 2022 die damalige Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Eva Kaili. Der Vorwurf: Korruption, Geldwäsche, die Bildung einer kriminellen Vereinigung und versuchte Einflussnahme aus dem Ausland. Das „Qatargate“ stellte einen der größten Korruptionsskandale der EU-

Geschichte dar und schadete dem Ansehen der EU enorm. Unterhalb dieses Bestechungs-skandals war das vergangene Jahr im *Europäischen Parlament* vor allem durch verstärkte ideologisch aufgeladene Grabenkämpfe geprägt, wie Andreas Maurer schreibt. Sie lassen sich auch als Startschuss für einen Lagerwahlkampf zur Europawahl 2024 interpretieren.

Doch nicht nur Krieg und Lagerwahlkampf, sondern auch die Debatte um die Erweiterung der EU hat das Potenzial die Wahlen zu prägen. Im Juni 2022 hatte die EU der Ukraine, Moldau und Georgien eine europäische Perspektive eröffnet, wodurch sich der Erweiterungsraum auf zehn Länder erstreckt. Barbara Lippert analysiert diese Entwicklungen in ihrem Beitrag zur *Erweiterungspolitik der Europäischen Union*. Ob und inwiefern eine auf 30 Mitgliedstaaten erweiterte Union zunächst reformiert werden muss, war und ist Gegenstand zahlreicher Debatten, die vor allem in den Mitgliedstaaten intensiv geführt wurden, wie die Beiträge des Kapitels *Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten* zeigen.

Simultan zu all diesen Problematiken hat die Diskussion über die sozial-ökologische Transformation im Zuge der Klimakrise weiter an Bedeutung gewonnen. Sowohl die europäische *Energiepolitik* (Johannes Pollak), die *Industriepolitik* (Jürgen Turek) als auch die *Gesundheits- und Verbraucherpolitik* (Remi Maier-Rigaud und Sarah-Lena Böning) stehen dadurch vor enormen Herausforderungen. Trotz des Handlungsbedarfs und den Auswirkungen des Klimawandels, werden auch Desinformationskampagnen zu einem zunehmenden Problem. Unsere neue Autorin Aline Bartenstein veranschaulicht in ihrem Beitrag zur *Umwelt- und Klimapolitik*, wie die zunehmende politische Polarisierung zu intensiven Auseinandersetzungen über die Angemessenheit klimapolitischer Maßnahmen geführt hat.

Ebenfalls neu besetzt sind die Beiträge *Tourismuspolitik* und *Frankreich*. Patrick Stockebrandt und Marco Mazzone wenden sich dabei der EU und ihrem Vorhaben, den Tourismussektor digitaler und umweltfreundlicher zu gestalten, zu. Anja Thomas analysiert die innerfranzösischen Konfliktlinien, sowie Frankreichs europapolitische Ambitionen, die auch die deutsch-französische Zusammenarbeit beeinflussen.

Dieser kleine Ausschnitt aus den diesjährigen Beiträgen zeigt: Das Jahrbuch ist eine einzigartige Quelle für alle, die sich über die jüngsten Entwicklungen der EU informieren wollen. Seit 1980 begleitet es in seiner jährlichen Analyse die Entwicklungen in der EU und ihren Mitgliedstaaten. Die Autor:innen der sorgfältig ausgewählten, zusammengestellten und redigierten Beiträge – über 100 an der Zahl – sind ausgewiesene Expert:innen ihres Fachs. Sie beschreiben die Ereignisse des vergangenen Jahres (Sommer 2022 bis Sommer 2023) und analysieren deren Bedeutung für den Fortgang der Europäischen Integration. So ist auch die aktuelle Ausgabe des Jahrbuchs wieder ein Stück europäischer Zeitgeschichte.

Um die einzelnen Beiträge des Jahrbuchs in Zukunft auch einzeln vertreiben zu können, gab es einige dazu notwendige Neuerungen. So beginnen die Beiträge mit Schlüsselwörtern und einer einleitenden Überschrift, die den Leseanreiz steigern und auf einen Blick die wichtigsten Aspekte des Beitrags sichtbar machen sollen.

Den Autor:innen sei an dieser Stelle ein großer Dank ausgesprochen. Ein besonderer Dank gilt außerdem David Nonhoff, Leander Kraft und Jakob Burger vom Institut für Europäische Politik (IEP) für ihr sachkundiges und geduldiges Lektorat. Das Jahrbuch ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München (C·A·P) und dem Centrum für Türkei und EU-Studien (CETEUS) der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar.

Werner Weidenfeld

Wolfgang Wessels